

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2007)
Heft: 1

Artikel: EU-Energiestrategie : klimaschonend und preisgünstig
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638490>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



EU-Energiestrategie: klimaschonend und preisgünstig

INTERNET

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr:

http://ec.europa.eu/energy/index_de.html

In der zweiten Januarwoche hat die EU-Kommission einen umfassenden Energie-Aktionsplan für Europa präsentiert. Kernpunkte sind der Kampf gegen den Klimawandel, die nachhaltige Sicherung der Energieversorgung und die Reduktion der Importabhängigkeit, die Förderung der Energieeffizienz sowie die Stärkung des Binnenmarkts für Strom und Gas. Nachstehend einen Überblick über die zentralen Punkte im Energiestrategiepapier.

Klimaerwärmung: 20 Prozent weniger CO₂-Ausstoss bis 2020

Geht es nach den Plänen der EU-Kommission, soll die Europäische Union ihren Ausstoss an Treibhausgasen bis im Jahr 2020 einseitig um 20 Prozent unter den Wert von 1990 – dem Stichjahr des Kyoto-Abkommens – senken. Sollten die USA und die anderen Industriestaaten mitziehen, ist die EU bereit, sich zu einer Reduktion um 30 Prozent zu verpflichten. Als Garant für eine effiziente und marktgerechte Klimapolitik will die EU weiterhin auf ihren seit 2005 in einer Pilotphase laufenden Handel mit Emissionszertifikaten setzen – sie sieht darin den Pfeiler für ein künftiges globales Emissionsnetzwerk. Die EU ist weltweit für rund 14 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Versorgungssicherheit:

Primärenergieverbrauch senken

Durch die Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe soll eine grössere Unabhängigkeit von Importen erreicht werden. Die EU setzt deshalb die Zielmarke, bis im Jahr 2020 den Gesamtverbrauch an Primärenergie um 20 Prozent zu senken, was mit einer Reduktion des Energieverbrauchs um 13 Prozent einhergehen würde. Auf diese Weise könnten 100 Milliarden Euro sowie jährlich 780 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Bereits im Herbst hat die EU-Kommission einen Aktionsplan Energieeffizienz präsentiert, der 75 Massnahmen in zehn Bereichen umfasst. Sollte der Status quo beibehalten werden, rechnet die EU mit einem Anstieg der Importabhängigkeit von heute 50 auf 65 Prozent bis im Jahr 2030, allein die Importe von Gas und Öl würden um 40 Prozent zunehmen.

Erneuerbare Energien: nationale Aktionspläne

Laut dem Strategiepapier soll bis im Jahr 2020 ein Fünftel des Gesamtenergieverbrauchs in der Europäischen Gemeinschaft durch erneuerbare Energieträger gedeckt werden. Gegenwärtig beträgt deren Anteil am Energieverbrauch gerade mal sieben Prozent. Im Verkehrsbereich soll der Mindestanteil der Biokraftstoffe auf zehn Prozent festgelegt werden.

Die Kommission beabsichtigt, bereits in diesem Jahr gesetzliche Anpassungen vorzunehmen. Dabei soll es jedem Mitgliedstaat selbst überlassen werden, den besten erneuerbaren Energiemix zusammenzustellen. Die Staaten werden dazu verpflichtet, nationale Aktionspläne zur Förderung der erneuerbaren Energien auszuarbeiten, dies vor allem in den Bereichen Stromversorgung, Biokraftstoffe, Heizung und Kühlung. Die Kommission will sich zudem dafür einsetzen, Hindernisse für die Integration erneuerbarer Energie in die EU-Energiesysteme zu beseitigen.

Erdgas- und Strommarkt: Entflechtung von Produktion und Distribution

Die Marktmacht der grossen Energiekonzerne ist der EU-Kommission ein Dorn im Auge: Sie hält die Konzerne für das grösste Hindernis auf dem Weg zu günstigeren Energiepreisen. Die Kommission schlägt deshalb vor, die Stromerzeugung und -verteilung klar zu trennen und gleichzeitig die Position der Regulierungsbehörden zu stärken. Um Produktion, Transport und Distribution zu entflechten, fasst die Kommission zwei Optionen ins Auge: Die Stromkonzerne behal-

ten ihre Netze, sind aber nicht mehr für den Betrieb zuständig. Oder: Die Netze werden verkauft, was einer Zerschlagung von Grosskonzernen wie E.on, Vattenfall, Rewe und EnBW in Deutschland oder EDF in Frankreich bedeuten würden.

Kernenergie:

neue Kernkraftwerke erwünscht

Trotz erheblicher Probleme beim Handhaben des nuklearen Abfalls und der Endlagerung bezeichnet die Kommission die Kernenergie als kostengünstigste Form, Strom zu erzeugen, ohne gleichzeitig die Umwelt mit CO₂-Emissionen zu belasten. Deshalb befürwortet Brüssel unmissverständlich den Bau neuer Kernkraftwerke. Allerdings: Den Entscheid über die Nutzung der Kernenergie überlässt sie den einzelnen Mitgliedstaaten selbst. Zurzeit macht der Anteil der Kernenergie am Stromverbrauch der EU rund 30 Prozent aus – in 15 der 27 EU-Staaten stehen Kernkraftwerke.

Energieforschung: 7 Milliarden bis 2013

Zwischen 2007 und 2013 will die EU jährlich rund eine Milliarde Euro in die Forschung und Entwicklung innovativer Energietechnologien investieren. Diese Massnahme soll dazu beitragen, die Kosten zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern zu senken und Energie effizienter zu nutzen. Erklärtes Ziel der EU ist es, im Bereich innovativer Energietechnologien weltweit die Nummer eins zu werden.

(rik)